



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21331 - 33
Fernschreiber 0 886 890

P/XVI/218 - 27. September 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Nerven behalten</u>	49
	Unverrückbare Grundlage deutscher Politik	
2 - 3	<u>Ausgeträumt</u>	58
	"Deutsche Reichspartei" in Rheinland-Pfalz eindeutig abgeschlagen	
4 - 5	<u>Vielfältige Aufgaben der Wohlfahrtspflege</u>	63
	Pionierarbeit der Arbeiterwohlfahrt	
6 - 8	<u>Mexiko in der Gefahrenzone</u>	141
	Modernes Entwicklungsland im Engpass widerstrebender Interessen	
	Von unserem Korrespondenten in Lateinamerika, Max Diamant	

* * *
* *

Nerven behalten

ler - Der Rat, in stürmischen, von Unruhe und Unsicherheit gezeichneten Zeiten die Nerven zu behalten, die Geduld nicht zu verlieren, und einen sicheren Standort zu erringen, war niemals angebrachter als in diesen Tagen und Wochen. Viele spüren es: der 13. August und seine noch unübersehbaren Auswirkungen haben viele Menschen in der Bundesrepublik aus dem Zustand der inneren Sicherheit und der Bequemlichkeit, in dem sie sich wähten, herausgeworfen. Viele mussten so manche lieb getät-schelte Illusion aufgeben, und von der politischen Landschaft verschwindet der Schleier, der schmerzliche Wirklichkeit verbarg. In den letzten Jahren erfolgte Warnungen gewinnen eine unheimliche Aktualität. Die deutsche Politik steht vor einer gründlichen und peinlichen Überprüfung des bisher eingeschlagenen Weges, sie sieht sich Entwicklungen gegenübergestellt, denen gerecht zu werden eine neue Einstellung erfordert.

Unsere innere Labilität wird sichtbar durch die Art und Weise, in der auch gewichtige Publikationsorgane auf die dramatischen Ereignisse seit dem 13. August reagieren. Eine gewisse Unsicherheit beginnt um sich zu greifen, das Gefühl, auf schwankendem Boden zu stehen, nimmt gefährlich überhand. Fragen, die unsere Existenz berühren, werden aufgeworfen. Geschieht dies immer mit dem rechten Augenmaß und mit dem rechten Sinn für Proportionen? Da hatte der amerikanische Sonderbeauftragte für Berlin, General Lucius Clay, vor einem Kreis gewisse Bemerkungen getan, die in der deutschen und Weltöffentlichkeit eine übersäumende Lawine wilder Spekulationen und Mutmaßungen auslöste.

In der Tat: Wenn man heute jede Erklärung und jede Zeitungstimme als Richtschnur für das ansehen würde, was im Schoße der Zukunft für uns Deutsche verborgen ist, dann hätten wir allen Grund, zutiefst besorgt zu sein. Aber auch hier gilt es, unter dem stürmischen Wellenschlag an der Oberfläche die tieferen Grundströmungen zu erkennen. Die amerikanische Deutschlandpolitik mag in den nächsten Wochen und Monaten elastischer werden, was ja an sich kein Fehler ist. Es besteht kein Anlass, vor einer solchen Flexibilität in Panik auszurechnen. Die deutsche Öffentlichkeit hat allen Grund, mit grossem Ernst die letzte Rede Kennedys vor den Vereinten Nationen zur Kenntnis zu nehmen und ihr jene Bedeutung zuzumessen, die ihr zukommt. Diese Rede macht sichtbar die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten, die Freiheit Westberlins zu bewahren, und sichert ausdrücklich dem deutschen Volk das Recht auf Wiedervereinigung zu, ein natürliches, durch keine Finessen der Machtpolitik zu suspendierendes Recht.

An diese Zusicherung, nochmals gegeben von unseren mächtigsten Verbündeten in der westlichen Welt, sollten sich alle halten und sie nicht durch bängliche Spekulationen entwerten. Sie ist die unverrückbare Grundlage, von der aus die deutsche Politik auszugehen hat. Wer das Vertrauen zu dieser Zusage untergräbt, besorgt das Geschäft derjenigen, die dem deutschen Volk das Selbstbestimmungsrecht verweigern. Andererseits aber sollten unsere Freunde in den Vereinigten Staaten nicht jeden in der Bundesrepublik geäußerten Zweifel auf die Goldwaage legen und ihn als einen beginnenden Stimmungsumschwung im deutschen Volke bewerten. Unter Freunden muss offene Kritik möglich sein. Diese stärkt erst die Bande gegenseitigen Vertrauens.

Ausgeträumt

"Deutsche Reichspartei" in Rheinland-Pfalz eindeutig abgeschlagen

sp - Die genaue Untersuchung der Ergebnisse bei der Bundestagswahl am 17. September in den einzelnen Bundesländern gibt interessante Aufschlüsse besonders über die Entwicklung der sogenannten Radikalen. Man war gespannt, wie in Rheinland-Pfalz die "Deutsche Reichspartei" (DRP) abschneiden würde, die dort einige "Hochburgen" aufzuweisen hatte und infolgedessen hoffte, auch bei der Bundestagswahl weitaus mehr als ihre bisherigen Anhänger mobilisieren zu können. Aus diesem Grunde hatte die DRP u.a. in Kaiserslautern, sowie in den Kreisen R o c k e r h a u s e n und K u s e l eine sehr starke Propaganda entwickelt und keine Mittel gescheut, um neue Wähler zu gewinnen.

Auf- und Abstieg

In Kaiserslautern konnte die DRP schon bei der Bundestagswahl 1957 fast 4,5 Prozent der Stimmen erreichen. Bei der Landtagswahl vergrößerte sich der Stimmenanteil der DRP allein in Kaiserslautern auf 9,6 Prozent! Die Bundestagswahl 1961 warf die DRP wieder auf 6 Prozent zurück.

Noch augenfälliger ist die Niederlage in der DRP-Hochburg Kreis R o c k e r h a u s e n. Zur allgemeinen Überraschung hatte die DRP bei der Landtagswahl 1959 in diesem Kreis einen Stimmenanteil von 17,1 Prozent erreicht. Bei der Bundestagswahl ging der Prozentanteil auf 8,1 Prozent zurück.

Etwas weniger auffällig ist der Stimmenrückgang im Kreise Kusel, wo die DRP bei der Landtagswahl 1959 rund 12 Prozent erhielt und jetzt auf 8,6 Prozent zurückging.

Während diese rechtsradikale Partei bei der Landtagswahl 1959 im ganzen Lande Rheinland-Pfalz noch 5,1 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte und ihre Redner aus diesem Grunde während des Bundestagswahlkampf stets gehofft hatten, auch diesmal wieder die 5 Prozent-Grenze zu überspringen, ging ihr Stimmenanteil auf 2,4 Prozent zurück.

Jugend macht nicht mit

Die Beobachtung der Wahlkampfmethoden der DRP in Rheinland-Pfalz ergab, dass die Partei des Herrn Professor Kunstmann hauptsächlich mit den Stimmen der jungen Erstwähler gerechnet hatte. Ein grosser Teil der Propaganda ging von der Vorstellung aus, viele junge Menschen fühlten sich von den "alten Parteien" abgestossen. Diese Rechnung ging, wie die Zahlen beweisen, nicht auf.

Warum gerade in Rheinland-Pfalz

Überlegungen, warum die DRP ausgerechnet in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren einen relativ hohen Stimmenanteil erreichen konnte, führten noch nicht zu einem abschliessenden Ergebnis. Im Raume Kaiserslautern sind die entscheidenden Propagandisten der DRP vielfach Leute, die früher ihre wirtschaftliche Existenz bei Wehrmachts- oder NSDAP-Partistellen hatten. Auch eine Gruppe sogenannter Entnazifizierungsgeschädigter spielt eine nicht unerhebliche Rolle.

In den mehr ländlichen Kreisen Rockenhausen und Kusel dagegen, aber auch in einigen rhein-hessischen Gebieten handelt es sich um unzufriedene Landwirte, die man jedoch keineswegs global als ehemalige Nationalsozialisten bezeichnen kann.

Für die aktive Propagandaarbeit der DRP waren sogenannte Staffeln von Jungwählern eingesetzt, von denen ein grosser Teil wohl weniger aus politischer Überzeugung, als vielmehr aus Freude an einer etwas abenteuerlichen "Nachtarbeit" beim Kleben von Plakaten mitmachte.

Das Wahlergebnis zeigt jedoch eindeutig, dass der Traum der DRP in Rheinland-Pfalz nicht in Erfüllung gegangen ist. Die besonnenen Elemente haben sich auch hier von den Radikalen getrennt. Trotzdem wird von Kennern des Landes behauptet, bei Kommunal- und Landtagswahlen könnte sich die DRP in Rheinland-Pfalz wieder etwas erholen.

Vielfältige Aufgaben der Wohlfahrtspflege

oe. - Norderney

150 Delegierte aus dem Bezirk Weser-Ems trafen sich am vergangenen Wochenende zu ihrer Bezirkskonferenz der Arbeiter-Wohlfahrt auf der Nordseeinsel Norderney. Lotte Lemke, die Hauptgeschäftsführerin der AW, überbrachte die Grüße der Berliner Freunde und teilte mit, dass am 19. 8. 1961 auch die Geschäftsstellen der Arbeiterwohlfahrt in Ostberlin geschlossen worden sind.

Aus dem Arbeitsbericht der vergangenen beiden Jahre, den Bezirksgeschäftsführer Albert Haider gab, ging hervor, dass die Arbeit der Arbeiterwohlfahrt nicht immer unter dem Gesichtspunkt der materiellen Fürsorge und Betreuung gesehen werden darf, da sich in den vergangenen Jahren doch vieles grundlegend geändert hat. Die Arbeiterwohlfahrt hat seit Jahren die offene, halboffene und geschlossene Fürsorge übernommen und damit einen grossen Kreis der Bevölkerung erfaßt. Durch die Erholungsfürsorge wurden 3000 Menschen - Kinder, Jugendliche, Mütter und Männer - in den vergangenen zwei Jahren in Bezirk Weser-Ems verschickt. Die erweiterte Erholungspflege wurde ausgebaut, in den Sommerferien konnten ca. 4 000 Kinder betreut werden. Eine neue Einrichtung entstand im norddeutschen Raum, der Jugendhof Holzhausen bei Osnabrück, wo ein alter Bauernhof mustergültig umgebaut und eingerichtet wurde.

Die Altenbetreuung wurde weiter ausgebaut. Jährlich werden 3000 alte Menschen durch die Helferinnen und Helfer betreut unter dem Motto "Ein Sonnentag für unsere Alten!" Dafür hat die Stadt Delmenhorst eine besondere Stätte der Begegnung geschaffen, in Osnabrück entstand ein Altersheim, das 95 alte Leute in Ein- und Zweibettzimmern aufnimmt und ihnen einen verdienten Lebensabend nach harten Arbeitsjahren bietet. Weiter entstanden in Bramsche Altenwohnungen mit einem Gemeinschaftshaus für noch

wirtschaftsfähige alte Menschen, in Norden soll noch in diesen Jahre die gleiche Einrichtung entstehen.

Da sich die Arbeiterwohlfahrt der ganzheitlichen Altenbetreuung annehmen will, werden in den Städten Aurich und Nordenham Dreistufenalterheime geschaffen. Sie bestehen aus dem Pflegeheim, aus dem Altenwohnheim und aus den Altenwohnungen. So wird in den nächsten Tagen das Pflegeheim in Osnabrück eingeweiht.

Weiter berichtete Albert Haider, dass das Sprachheilheim Werscherberg in den letzten beiden Jahren wesentlich ausgebaut worden ist. In Achelriede wurde ein Haus dazugekauft und in den nächsten Tagen wird ein neues Kinderhaus und die Schule eingeweiht werden. Das Heim Werscherberg-Achelriede ist das grösste und in seiner Gliederung das einzige Heim dieser Art in der Bundesrepublik. Es nimmt insgesamt 80 hörstumme und seelentaube Kinder und 50 Stotterer auf und ging mit der Aufnahme dieser Kinder einen besonders schweren Weg, denn es lagen noch keine Erfahrungen vor. In Zusammenarbeit mit Frauenärzten, Psychologen, Kindergärtnerinnen, Sprachtherapeuten, Volksschullehrern und Rhythmikern wurde eine Methode zur Behandlung erarbeitet, die jetzt in dreijähriger Aufbauarbeit gezeigt hat, dass diesen kranken Kindern wirklich geholfen werden kann, damit sie schultüchtig werden, in eine Lebensgemeinschaft hineinpassen und nicht als Hilfsbedürftige in Abhängigkeit bleiben müssen. Hier wurde durch die Arbeiterwohlfahrt Weser-Ems Pionierarbeit zum Wohle einer grossen Gruppe von Kindern geleistet.

Weiter vorbildlich auf Bundesebene steht das Mädchenbildungswerk da, 1 200 Mädchen nahmen an 35 geschlossenen Seminaren teil, doch es seien auch alle die anderen Aufgaben, wie Ostzonenbetreuung, Ostzonenpaketaktion, Jugendgemeinschaftswerk in Osnabrück für Jugendliche aus der SBZ und die vielen Nähstuben und Beratungsstellen nicht vergessen.

Albert Haider stellte fest, dass auch heute noch die Arbeit der freien Arbeiterwohlfahrtspflege notwendig ist, aber aus all seinen Worten klang auch immer wieder sein Dank an die ehrenamtlichen Helfer und Mitarbeiter durch.

Mexiko in der Gefahrenzone

Von unserem Korrespondenten in Lateinamerika, Max Diamant

Mexiko steht mitten in seiner grossen Industrialisierung vor sehr ernstesten Problemen und schweren Entscheidungen. Es zeigt sich, dass der wirtschaftliche Aufstieg des Landes aus Kapitalmangel nicht entsprechend den wachsenden sozialen Bedürfnissen des Volkes schnell genug fortgesetzt werden kann. Mit einer jährlichen Zuwachsrate von 4-5 Prozent gehört Mexiko auch heute zu den lateinamerikanischen Spitzenländern - aber im Land selbst, das durch lange Jahre nach dem zweiten Weltkrieg mit einer jährlichen Zuwachsrate von mindestens 7 Prozent rechnen konnte, wird die Situation der letzten vier Jahre immer kritischer empfunden.

Industrialisierung und wachsender Kapitalbedarf

Der Kapitalbedarf ist mit der fortschreitenden Industrialisierung Jahr um Jahr gestiegen, und in einer noch schärferen Progression wird die Kapitalknappheit zu einem lähmenden Faktor im Wirtschaftsleben. Der Staat sieht sich zu den grössten Anstrengungen gezwungen, um den notwendigen Rhythmus der Kapitalinvestierungen aufrecht zu erhalten. Das hat unvermeidlich zur Folge, dass die grossen Kapitalanlagen immer mehr der staatswirtschaftlichen Sphäre überantwortet bleiben. Aber auf diese Auswirkungen reagiert der privatwirtschaftliche Sektor wiederum mit noch grösserer kritischer Reserve und gelegentlich auch mit offener Kapitalflucht. Mexiko muss das Problem des zunehmenden Kapitalmangels unbedingt und bald einer Lösung zuführen, sonst besteht die ernste Gefahr, dass nicht wachsende Produktion und wachsender Wohlstand, sondern wachsender Kapitalmangel mit all seinen erstickenden und vergiftenden Begleiterscheinungen, hier zum Merkmal der wirtschaftlichen Entwicklung wird.

Vor drei Jahren haben ernsthaftere nordamerikanische Beobachter vorausgesagt, dass das halbindustrialisierte Mexiko auf seinem weiteren Entwicklungsweg sicher sehr bald zu einem "kapitalistischen Paradies" aufsteigen werde, wobei paradoxerweise die Führung in Händen einer sozialrevolutionären Regierung liege. Hinter diesen Vorstellungen standen offenbar Ideen und Erfahrungsbilder, wie sie etwa aus der Zeit des industriellen Aufbruchs nach Californien und Texas oder aus der deutschen Gründerzeit stammen, und die nun auf Mexiko übertragen wurden. Aber nun hat gerade Mexiko schweres Ringen in den letzten Jahren überzeugend deutlich gemacht, dass alle Rezepte aus der näheren und weiteren Vergangenheit und von "ausser" einem industriell aufstrebenden Entwicklungsland heute keinerlei gesellschaftliche Orientierung ermöglicht. Mexiko kann auf seinem Entwicklungsweg in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts weder die einzelnen Etappen der klassischen industriellen "Entwicklungsländer des 19. Jahrhunderts" durchlaufen, noch will und kann es sich damit abfinden, etwa im Zug zu den hochkapitalistischen Monopolgesellschaften oder zu einem totalitären staatskapitalistischen Zwangssystem Anschluss zu suchen.

Suche nach einem "eigenen Weg"

So gesehen, ist auch Mexiko heute eines jener Länder, die aus zwingenden kulturgeschichtlichen und sozialen Zusammenhängen heraus ihren eigenen Weg suchen. Für Mexiko erleichtert diese Haltung nicht die eigene Situation, sondern erschwert sie in einem hohen Masse. Sowohl im Innern des Landes wie in seinen Beziehungen mit dem Auslande wird von Jahr zu Jahr der Druck der Kräfte spürbarer, die auch in Mexiko eine polare Entwicklung und damit "eine eindeutige Entscheidung" anstreben. Was nach innen und nach aussen im Grunde eine zielstrebige Politik der sozialen und geistigen Toleranz ist, eine Linie, die auf einen demokratischen Ausgleich der widersprüchlichen Interessen visiert, das wird dann durch die kritische und polemische Besetzung als eine schwankende Position ohne innere Konsequenz abgewertet. Nach der einen und nach der anderen Seite gibt es die Version, dass es der mexikanischen Regierungspolitik vor allem an festem Entschluss mangelt. In der kritischen Sicht der interessierten nordamerikanischen Geschäftsleute besteht der Krebsbaufen in der mexikanischen Entwicklung besonders darin, dass die Regierung wegen ihrer sozialrevolutionären und nationalrevolutionären Konzepte zu grosse materielle und soziale Konzessionen an die Volksmassen mache; das verknappe noch mehr die Ressourcen der privaten Kapitalbildung und steigere das Misstrauen der besitzenden Schichten in die Zukunft des Landes. Umgekehrt fordert die prokommunistische Gefolgschaft unter der studentischen Jugend, unter den Spezialisten und unter den Intellektuellen, die Regierung möge rücksichtslos und mit eiserner Hand gegen die inneren und äusseren Volksfeinde auf allen Gebieten durchgreifen; Mexikos Platz, fordern sie, sei Seite an Seite des revolutionären Kuba.

Unabhängigkeit heisst heute Gleichberechtigung

In der inneren wie in der äusseren Politik wird der Standort Mexikos wesentlich dadurch bestimmt, dass über allem das Streben nach der uneingeschränkten Unabhängigkeit steht - und das heisst heute Unabhängigkeit nicht nur in nationaler, politischer und staatlicher Hinsicht, sondern ebenso nach der ökonomischen Sphäre hin. Das Streben nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit bedeutet hier aber keine Konzessionen an die Gedankenwelt und an die Methoden der Wirtschaftsentartung. Im Gegenteil, gemeint ist damit ein weiterer Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen und der wirtschaftlichen Interdependenz nach allen Seiten hin. Aber das hat zum Inhalt, dass dann in der weiteren Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Auslande wirklich eine Verlagerung der bisherigen zu einseitigen und zu vorwiegend nach nordamerikanisch-orientierten Wirtschaftsfaktoren erreicht wird.

In gewisser Hinsicht ist Mexiko seit Jahr und Tag darum geneimt, in vollem Masse auch die Kapital- und Kreditmöglichkeiten auszunutzen, die seine unmittelbare Nachbarschaft zu den USA und sein gutes Verhältnis zu Washington ihm an sich ermöglichen. Untergeordnet ist dabei, dass natürlich die extrem-nationalistische und die demagogisch-kommunistische Kritik bedenkenlos jede Kreditausweitung nach dieser Seite hin und jede zusätzliche nordamerikanische Anleihe a priori als einen Beweis der offiziellen "Auslieferungspolitik", als einen Beweis des "entreguismo" verlästert. Im Ergebnis haben aber die verschiedenen inneren und äusseren Faktoren in den letzten Jahren einen gewissen Tempoverlust in der mexikanischen Entwicklung bewirkt. Auch mexikanische Regierungskreise sind sich klar darüber, dass dieser Tempoverlust bald

überwunden werden muss. Gelingt das nicht, dann müsste man damit rechnen, dass Mexiko in unmittelbarer Zukunft vor neuen politischen Gefahren und vor möglichen Erschütterungen steht.

Mexiko wartet auf Europa

Mexiko erwartet in dieser Situation nicht nur ein neues vertrauensvolles Zusammenarbeiten mit der Kennedy-Regierung aus gemeinsamen Interessen und aus gemeinsamer Verantwortung. Mexiko wartet darüber hinaus auch auf das aktive Interesse und das freundschaftliche Verständnis der hochindustrialisierten Länder Europas - und besonders der Bundesrepublik Deutschland, Österreichs und der Schweiz. Ebenso wenig wie in den anderen lateinamerikanischen Ländern meint man damit aber Geschenke. Worauf man ja wartet und wozu nach lateinamerikanischer Auffassung der Westen Europas aus dem eigenen Schicksal heraus eine gewisse innere Verpflichtung hat, das ist ein solidarischer Beitrag zur weiteren Entwicklung auch in den Ländern, die kulturell und historisch ein Stück des europäischen Erbes repräsentieren. Man wartet hier auf eine aktive europäische Unterstützung in kultureller, technischer, ökonomischer und finanzieller Beziehung - aber auf der Basis der Ausweitung der gegenseitigen Wirtschafts- und Handels-Beziehungen.

Mexiko hat in gewisser Hinsicht auch einen verdienten Anspruch darauf, dass seine konsequente und demokratisch zuverlässige Außenpolitik durch drei Jahrzehnte von den demokratischen Ländern des Westens entsprechend anerkannt wird. Mexiko stand in der internationalen Arena auch dann zum Prinzip des Rechts und der Gerechtigkeit, wenn es sich gegen Mächtige und Sieger verhalten musste und wenn es fast allein dann mit den Schwachen und den Opfern sich solidarisch erklärte. Gestern stand Mexiko an der Seite Äthiopiens gegen Mussolini, an der Seite der spanischen Republikaner gegen Franco, an der Seite der österreichischen Unabhängigkeit gegen Hitlers militärischen "Anschluss", an der Seite der asylsuchenden Opfer und der Verfolgten aus den unzähligen Ländern der Diktatur.

Selbstbestimmungsrecht - für alle Völker

Auch in der jetzigen politischen Krise und zur Berlin-Frage ist Mexiko diesem konsequenten Bekenntnis zur Unabhängigkeit und zum Recht der Selbstbestimmung aller Völker treu geblieben. Der Staatspräsident Lopez Mateos erklärte vor kurzem in diesem Sinne in einer offiziellen Regierungserklärung:

"Es ist notwendig, dass bei den Überlegungen über das Schicksal Berlins und bei der Diskussion der deutschen Frage die Bestrebungen des deutschen Volkes berücksichtigt werden. Denn die militärische Besetzung des Landes erfolgte, um das Volk zu befreien und nicht, um es zu unterdrücken."

+ + +

Verantwortlich: Gunter Markscheffel